

der Nation „als Hirten und Mexikaner“ zu dienen. (Solche Hinweise der mexikanischen Bischöfe auf ihre patriotische Gesinnung rufen meist die noch lebendigen militanten und antiklerikalen Kräfte, darunter die Freimaurer, auf den Plan. Ausgerechnet der Senator und Präsident der Kommission für Verfassungsfragen, *Antonio Martinez Baez*, erklärte der Zeitung „El Universal“ im Januar dieses Jahres, die Priester hätten einen „nationalen, aber keinen staatsbürgerlichen Status“, was das angesehene Blatt zu dem Kommentar veranlaßte, die Priester in Mexiko hätten also in etwa den Status der nationalen Eisenbahngesellschaft.)

In einem Passus über die *Krise des Erziehungswesens* in Mexiko warfen die Bischöfe dem Staat Monopolansprüche, vor allem in der Lehrerbildung vor. Außerdem behindere der Staat die Eltern in ihrem Recht auf freie Wahl der Schulen für ihre Kinder „bis zu dem Extrem, die Kirche aus dem Bildungsbereich herausdrängen zu wollen“. In seiner Eröffnungsrede hatte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof *Sergio Obeso Rivera* von Xalapa, in einem geschichtlichen Rückblick das damalige Bildungsmonopol der Kirche mit dem heutigen Alleinanspruch des Staates verglichen und beide als Mißachtung der pluralen Gesellschaft verworfen. Die von der Regierungspartei systematisch propagierte Gleichsetzung von Gesellschaft und Staat bezeichnete er als „direkten Weg in den Totalitarismus“.

In der Eröffnungsrede der letzten Vollversammlung Mitte Mai vermied Erzbischof Obeso Rivera regierungskritische Äußerungen. Die Bischofskonferenz habe ihren Amtsbrüdern in Chihuahua, die für die Menschenrechte und die Wahrheit eingetreten seien, ein Wort der Solidarität ausgesprochen. Sie habe damit zu erkennen gegeben, daß ein rechtes Wort zur rechten Zeit von großer Bedeutung für den einzelnen oder eine Gemeinschaft werden könne. Damit war der Vorsitzende der Bischofskonferenz bei seinem Thema. Nicht nur, aber vor allem im Bereich von Schule und Erziehung erbat er vom Staat

für die Kirche den Platz in der Gesellschaft, der ihr zusteht. „Man kann kein Wertesystem aufbauen, das sich vollkommen von den Überzeugungen und den Lebensauffassungen eines Volkes unterscheidet oder ihnen sogar widerspricht.“ Die seit der Revolution beschworene „mexikanische Identität“, in der die Kirche, seit Jahrhunderten Heimat des Volkes, keine Existenzberechtigung besitze, sei eine Fiktion, die nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Damit machte der Vorsitzende der Bischofskonferenz deutlich, welchen Kurs die Kirche in Mexiko einzuschlagen gedenkt: von einem „nicht zu rechtfertigenden Verlust an Ansehen in der Vergangenheit“ zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor, mit dem Staat und Regierung rechnen müssen.

Weitere Verhärtung nicht ausgeschlossen

Die seit fast 60 Jahren regierende PRI ist ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen ernsthaft von Spaltungstendenzen bedroht. In offiziellen und offiziösen Kommentaren der letzten Monate wird die katholische Kirche Mexikos als die unverändert machthungrige, politischen Einfluß anstrebende Macht hingestellt. So erklärte der Generalsekretär des Dachverbandes der Gewerkschaften CIM Ende März, die Kirche betreibe mit einem Teil der Unternehmerschaft „den Umsturz, den sie immer herbeigeseht hat“. Offenbar hat der zur Reglementierung des gesellschaftlichen Einflusses der Kirche gedachte Artikel 343 aber bisher seine Wirkung verfehlt. Es sieht eher so aus, als habe er die Kirche in ihrer Absicht noch ermutigt, sich als religiöse Institution gesellschaftlich so präsent zu machen, wie es ihrer inneren geistigen Kraft und ihrem pastoralen Auftrag entspricht. Da die ihrer Macht nicht mehr sichere Regierung *ihre politische Sprengkraft* jedoch so fürchtet, ist nicht auszuschließen, daß das geschriebene Recht wieder stärker gegen die Interessen der Kirche angewendet und ihr Lebensraum enger wird.

Gabriele Burchardt

Sonderfall Taiwan

Ein Provisorium im Umbruch

Taiwan ist unter den Ländern des Fernen Ostens ein Sonderfall. Es gehört zu den wirtschaftlich prosperierendsten Ländern der ganzen Region, bildet aber nach innen ein keineswegs spannungsfreies Provisorium und hängt nach außen vor allem wegen der nach wie vor besonders spannungsreichen Beziehungen zum Mutterland China buchstäblich in der Luft. Das nach innen autoritär bestimmte Provisorium bekommen auch die christlichen Kirchen als religiöse Minderheiten zu spüren, die sich recht unterschiedlich darauf einstellen.

Als die Truppen der *Guomindang* 1945 auf Taiwan eintrafen, wurden sie von der taiwanesischen Bevölkerung als Befreier vom Joch der Japaner begrüßt. Diese anfängliche Zustimmung schlug aber bald in Ablehnung um, als die neuen Herren sich mit immer größerer Rücksichtslosigkeit gegen die Erwartungen und berechtigten Interessen der einheimischen Bevölkerung wandten. Schon im Februar 1947 kam es in Taipei und in vielen anderen Ortschaften der Insel zu *blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Soldaten Chiang Kai-sheks und der Bevölke-*

runge, in deren Verlauf Tausende Taiwanesen – die Zahl der Opfer wird auf 10 000–30 000 geschätzt – den Tod gefunden haben. An dieses „Februar-Massaker“ zu erinnern galt lange als Tabu. Es ist ein Zeichen für das politisch gelockerte Klima in Taiwan heute, daß der 40. Jahrestag dieses für die Taiwanesen so schmerzlichen Ereignisses 1987 mit Gedenkveranstaltungen in verschiedenen Städten begangen werden konnte. Dabei wurde gefordert, endlich eine objektive Untersuchung der damaligen Ereignisse durchzuführen und – soweit dies heute noch möglich sei – den unschuldigen Opfern seitens des Staates Entschädigung zu gewähren.

Erstarkende Opposition

Für die über 40 Jahre mit Hilfe des Kriegsrechts autoritär regierenden Guomintang wird es immer schwerer, wie in der Vergangenheit alle Formen öffentlicher Opposition zu unterdrücken. Auf dem Papier sind andere politische Parteien auch weiterhin verboten. Ende 1986 kam es zur Gründung von Minjindang, der demokratischen Fortschrittspartei, die bei den Teilwahlen zum Parlament am 6. Dezember 1986 auf Anhieb 22,1% erreichte und 12 Abgeordnete in der gesetzgebenden Versammlung stellt. Die für gewöhnlich sehr langweiligen Debatten in den verschiedenen parlamentarischen Gremien haben an Farbe gewonnen. Es wird heftig und kontrovers gestritten. Die *gelockerten Zensurbestimmungen* der Regierung bringen es mit sich, daß auch in den Medien, einschließlich dem Fernsehen, über die Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung berichtet wird. Ganz allgemein ist zu beobachten, daß der Anteil der aus Taiwan stammenden Politiker in der Regierung und bei den Abgeordneten in den verschiedenen parlamentarischen Gremien auch in den Reihen der Guomintang im Wachsen begriffen ist. Die Kräfte der Opposition rekrutieren sich sowieso fast ausschließlich aus gebürtigen Taiwanesen.

Seit 1984 ist der Stellvertreter des Präsidenten der aus Taiwan stammende *Li Denghui*. Nachdem der jetzt 78jährige *Chiang Chingkuo* mehrere Male betont hat, daß er nicht daran denke, ein Mitglied seiner Familie für die Nachfolge im Amt des Präsidenten vorzubereiten, sind die Aussichten von Li gewachsen, zum ersten Mann des Staates zu avancieren. Die vorsichtigen Schritte in Richtung einer größeren Offenheit und Gewährung bürgerlicher Freiheiten sind zum jetzigen Zeitpunkt noch ohne verfassungsmäßige Sicherungen. Das *Kriegsrecht* soll zwar abgeschafft, jedoch durch ein *Sicherungsgesetz* ersetzt werden, das auch weiterhin die Freiheiten des einzelnen und von politischen Parteien in vielen Punkten einschränken würde. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf ist auf die heftige Ablehnung der Opposition gestoßen, die im Falle der Verabschiedung mit einem Generalstreik droht. Auch die in Aussicht gestellte offizielle Anerkennung anderer politischer Parteien wird von der Guomintang mit für die Opposition unannehmbaren Be-

dingungen verknüpft. Neben der Anerkennung des bestehenden Staatssystems und der Ablehnung des Kommunismus wird auch die Absage an jede Form einer eventuellen politischen Unabhängigkeit Taiwans gefordert. Gegen diese letzte Forderung hat die *Minjindang* im Wahlkampf des letzten Jahres verstoßen, ohne daß dies seitens der Regierung geahndet wurde.

„Taiwan den Taiwanesen“

Trotz des erbitterten Widerstandes der Regierung gegen jede Form einer Bewegung für ein politisch unabhängiges Taiwan ist die Zahl der Unterstützer für dieses politische Ziel ohne Zweifel gewachsen. Offiziell gilt zwar auf beiden Seiten der Formosa-Straße dieselbe Doktrin: Es gibt nur ein China! Taiwan und das chinesische Festland bilden eine unzertrennliche Einheit. Dieser Standpunkt ist auch in allen internationalen Verträgen – vor allem seitens der Volksrepublik China – festgeschrieben worden. Für die Guomintang bedeutet die Ein-China-Theorie ebenfalls einen unverzichtbaren Eckpfeiler ihres politischen Systems. Mit dem Anspruch, die einzig legitimierte politische Kraft für das gesamte China zu sein und sich auch weiterhin – trotz aller unverkennbaren Rückschläge – dem großen Ziel der „Eroberung des Festlandes“ und der „Wiedereinigung in dem einen Vaterland“ verpflichtet zu fühlen, steht und fällt auch heute noch die politische Legitimität der Guomintang-Regierung. Dieser *Legitimationszwang* hat in den fünfziger und sechziger Jahren auch dazu geführt, daß die Regierung Chiang Kai-shek die damals gegebenen Möglichkeiten, eine politische Unabhängigkeit Taiwans angesichts der noch bestehenden politischen Isolation der VR China mit internationaler Zustimmung durchzusetzen, nicht genutzt hat.

Wichtiger als vergangenen Möglichkeiten nachzutruern, ist die Abwägung der *realistischen Chancen für die Gewinnung einer nationalen Unabhängigkeit* unter den heute gegebenen Umständen. Dabei ist sicher von Bedeutung, wie stark die Bewegung für ein unabhängiges Taiwan unter der Bevölkerung der Insel selber ist. Unter den heute noch herrschenden politischen Bedingungen, die die freie Diskussion dieser lebenswichtigen Frage unmöglich machen, kann man sich nur in Vermutungen ergehen, wenn man den Unterstützungsgrad für diese politische Option im Lande selber bestimmen will. Neben der schon genannten Oppositionspartei der Minjindang mit ihrer politisch so prekären Existenz ist als gesellschaftliche Kraft, die ebenfalls sich für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Taiwans und für ein unabhängiges Taiwan einsetzt, die *presbyterianische Kirche* zu nennen. Anzeichen für ein wachsendes Gefühl einer „taiwanesischen Existenz“ lassen sich an der Pflege des Fukien- oder Hakka-Dialektes ablesen, mit der von der Guomintang erzwungenen Herrschaft des Mandarin-Chinesisch begegnet wird. Auch das wachsende Selbstbewußtsein der malaiischen Stammesbevölkerung (den „Berglern“) weist in dieselbe Richtung.

Einfluß der Außenpolitik

Seit der Welle der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik China durch die meisten Staaten der nichtkommunistischen Welt ist Taiwan außenpolitisch in die *Isolation* geraten. Nur wenige afrikanische und einige lateinamerikanische Staaten haben wegen der handelspolitischen Vorteile – die Taiwan sich einiges kosten läßt – die diplomatischen Beziehungen beibehalten. In Europa ist es nur noch der Heilige Stuhl, der diese Beziehungen auf der diplomatisch niederen Stufe der Besetzung mit einem Geschäftsträger bestehen läßt, während Taiwan in Rom eine große Botschaft unterhält.

Die Zeit der schrillen Auseinandersetzungen, in der 1950–1975 zwischen der Volksrepublik China und Taiwan Artillerieduelle ausgetragen wurden und Flugzeuge und Ballons politische Flugblätter abwarfen, ist seit langem vorbei. Die politische Führung in der Volksrepublik China verband das Aushandeln des Abkommens über die politische Zukunft *Hong Kongs* gezielt mit Angeboten an die Führung Taiwans, großzügige Regelungen für eine Vereinigung Taiwans mit dem Mutterland in Aussicht zu stellen. Es ist wohl nicht falsch, wenn man annimmt, daß bestimmte Regelungen des Abkommens über die politische Zukunft *Hong Kongs* nach 1997 in erster Linie im Hinblick auf eine mögliche Regelung mit Taiwan getroffen wurden. Das großzügigste Angebot an die Adresse Taiwans durch die politische Führung der Volksrepublik China wurde von Ministerpräsident *Zhao Ziyang* bei seinem USA-Besuch 1984 gemacht. Nach dem Motto: „Ein Land, zwei Systeme“ sprach Zhao davon, daß Taiwan als Sonderverwaltungszone im Falle der Wiedervereinigung mit dem Mutterland volles Selbstentscheidungsrecht mit vielen Sonderbefugnissen genießen würde.

Die Guomindang-Regierung in Taiwan gibt sich große Mühe, die alten Klischees von der Lügenhaftigkeit der kommunistischen Propaganda zu bemühen, um dem Liebeswerben der Pekingener Führung seine Werbekraft zu nehmen. Auf der anderen Seite ist die Zeit der strikten Isolierung und der Verhinderung jeder Form eines direkten Kontaktes zwischen Taiwan und der Volksrepublik vorüber. Über dritte Kontakte hat sich zwischen den verfeindeten Brüdern beiderseits der Formosa-Straße ein *regener Handelsaustausch* angebahnt, dessen Existenz zwar weiterhin geleugnet wird und dessen Abwicklung vielen Schwierigkeiten und Hemmnissen unterliegt, der aber beiden Partnern viele Vorteile bringt. Die Zahl der *Besucher aus Taiwan*, die wieder über Umwege ihre Verwandten auf dem Festland besuchen, wächst ebenfalls unter der mehr oder weniger stillschweigenden Billigung der davon durchaus informierten Behörden Taiwans. In der Volksrepublik China wird den Besuchern aus Taiwan großes Entgegenkommen und herzlicher Empfang bereitet – besonders dann, wenn sie mit Geschenken und ausländischen Devisen kommen. Für die Volksrepublik China haben diese Kontakte auch immer die wichtige

Funktion, die *bleibende Zugehörigkeit Taiwans zum chinesischen Heimatland* zu unterstreichen und gegen die Tendenzen auf eine politische Unabhängigkeit Taiwans Front zu machen.

Wirtschaftsaufschwung mit Folgeproblemen

Taiwan hat sich von einem wirtschaftlich rückständigen Land nach Durchschreiten einer Übergangsphase unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und einer Phase des rapiden Aufstiegs Mitte der sechziger bis Ende der siebziger Jahre bereits zu einem industriell hochstehenden und reichen Land entwickelt.

Taiwan ist es gelungen, stetiges *Wirtschaftswachstum*, Vollbeschäftigung, stabile Preise, eine ausgeglichene Handelsbilanz, einen gesunden Staatshaushalt und eine mehr oder weniger gerechte Einkommensverteilung zu erreichen. Im Jahr 1986 wuchs das Bruttosozialprodukt real um 10,7% und das *Pro-Kopf-Einkommen* lag bei 3751 US-\$. Im Vergleich mit der Volksrepublik China, die ein Pro-Kopf-Einkommen von 290 US-\$ ausweist, ist das etwas mehr als das Zwölfwache. Auch im Außenhandel übertreffen die 19,5 Millionen Bewohner Taiwans die gut eine Milliarde Festlandchinesen. 1985 betrug der Gegenwert der Ausfuhren Taiwans 30 460 Millionen US-\$ – was den Platz 15 im internationalen Handel bedeutet – gegenüber 24 871 US-\$ der Volksrepublik China. Auch die Jahre der internationalen Weltwirtschaftskrise hat Taiwan überraschend unbeschadet und in seinem Wirtschaftswachstum ungebremst überstanden. Die ständig gewachsenen Exportüberschüsse haben zu großen Währungsreserven und zu einer kontinuierlichen Aufwertung des Taiwan-Dollars geführt.

In Taiwan ist die *Arbeitskraft* noch sehr billig. Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen haben nicht sehr viel Macht. Die Arbeiter haben es schwer, ihre Ansprüche geltend zu machen. Trotz vieler sozialen Ungerechtigkeiten ist der allgemeine Wohlstand aber ständig im Steigen begriffen, steigt der Lebensstandard kontinuierlich an. Erst allmählich wird ein Bewußtsein für die *Probleme für die Umwelt* wach, die das ungehemmte Wirtschaftswachstum und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen mit sich bringen. Nach den Ereignissen von Tschernobyl und einem Unfall in einem heimischen Kernkraftwerk regte sich erstmals Widerstand in der Bevölkerung gegen den Bau des vierten Kernkraftwerks in Taiwan. Von der Regierung ist in einem Energieplan, der die Lösung von der bisher bestehenden weitgehenden Abhängigkeit von Erdöl zum Ziel hat, der Bau von insgesamt 10 Kernkraftwerken vorgesehen. Immerhin hat die Regierung auf das wachsende Umweltbewußtsein mit der Einrichtung eines Ausschusses für Umweltfragen reagiert, der Befugnisse über alle anderen Ministerien haben soll.

Der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung hat zu einer

tiefgehenden *Identitätskrise* und Unsicherheit bei vielen Taiwanern und besonders bei den Jugendlichen geführt. Viele finden sich in der neu entstandenen Industriegesellschaft nicht zurecht. Die überkommenen Werte und ethischen Normen waren auf die traditionelle Großfamilie zugeschnitten und versagen weitgehend in den viel stärker individualisierten Lebensverhältnissen von heute. Man hat von Taiwan als von einer „kulturellen Wüste“ gesprochen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat die materiellen Ansprüche steigen lassen, deren leichte Befriedigung wiederum ein weitverbreitetes Gefühl der Leere und Oberflächlichkeit zur Folge hat. Die Anforderungen der Technik und der modernen Industriegesellschaft haben absoluten Vorrang und verdrängen die alten Werte. Bei der Jugend stehen Beruf, Geld und Erfolg im Mittelpunkt. Im Vergleich zu ihren Eltern sind sie in fast jeder Hinsicht formal besser ausgebildet und haben eine höhere Schulbildung als sie. Nach Japan hat Taiwan das *höchste Ausbildungsniveau* in ganz Asien. Wie in Japan ist auch in Taiwan die Schul- und Universitätsausbildung die Leiter zum sozialen Aufstieg. Da der Lernerfolg in erster Linie anhand von Examina kontrolliert und honoriert wird, beklagen die Professoren, daß die Jugend mehr an den Examensnoten als an den Lehrinhalten interessiert sei.

Das religiöse Sonderprofil Taiwans

Wie in den meisten Ländern Ostasiens ist es auch in Taiwan schwierig, halbwegs verlässliche Angaben über die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung zu erlangen. Am ehesten sind solche Zahlen für die christliche Minderheit zu erhalten, deren Anteil an der Bevölkerung mit 3,72% angegeben wird. In Zahlen bedeutet dies etwas mehr als 700 000 Christen, von denen ungefähr die Hälfte *katholische Christen* sind, während die übrigen sich auf 60 verschiedene Gemeinschaften verteilen, von denen die presbyterianische Kirche mit 180 000 die weitest größte ist. Die katholische Kirche Taiwans besteht zur Hälfte aus Angehörigen der *Ureinwohner*, die an der Gesamtbevölkerung Taiwans nur mit 2% beteiligt sind. Da ein Drittel der Katholiken der anderen Minderheit der (nach 1945 eingewanderten) *Festlandchinesen* angehört, wird deutlich, daß die Katholiken unter der eigentlichen Bevölkerung Taiwans, den Min-nan und Hakka, nur ganz wenig vertreten sind.

Als größte religiöse Gruppe werden die *Buddhisten* mit fast 40% der Bevölkerung genannt. Bei ihnen handelt es sich um verschiedene Gruppen und Schulen des Mahayana-Buddhismus. Nach der Statistik geben ein Drittel der Bevölkerung an, keiner Religion zuzugehören. Eine zahlenmäßig mit einem Viertel der Bevölkerung nicht so große Gruppe bezeichnet sich als der Volksreligion zugehörig. Spricht man mit Kennern der religiösen Szene in Taiwan, dann wird der *Einfluß der verschiedenen Formen der Volksreligionen* aber weit größer eingeschätzt. Da es sich bei diesen verschiedenen Formen der Volksreligiosi-

tät schon von der Definition her um nicht-institutionalisierte Formen der Religion handelt, wird verständlich, daß statistische Angaben der Zugehörigkeit zu dieser eher amorphen Gruppe nicht verlässlich sein können. Dabei sind die Formen der Religiosität in den Volksreligionen durchaus an vielen Stellen im Alltagsleben sichtbar, in den größeren oder kleineren Tempeln, den Statuen am Wege, den Amuletten, religiösen Bildern und anderen religiösen Gegenständen. In der Verehrung der verschiedenen Gottheiten – Heil- und Schutzgötter zum großen Teil – drückt sich der pragmatische, andere sagen utilitaristische Charakter der chinesischen Frömmigkeit aus. Zur *Volksfrömmigkeit* auf Taiwan gehört es, in „synkretistischer“ Weise verschiedene Gottheiten und Bodhisattvas zu verknüpfen und gemeinsam zu verehren. Wegen ihres unsystematischen Charakters ist es schwer, halbwegs zutreffende Aussagen zu ihren Lehrinhalten und Frömmigkeitsformen zu machen. Andererseits ist der Einfluß der Volksreligiosität von den christlichen Missionaren zu meist unterschätzt worden. Erst im Zusammenhang mit verstärkten Bemühungen um eine Inkulturation der christlichen Botschaft auf der einen Seite und neuen Anstrengungen, eine Taiwan mehr entsprechende Form der Evangelisierung zu finden, ist man sich in Kreisen der Theologen der großen Bedeutung dieser religiösen Bewegungen bewußt geworden.

Stagnierender Katholizismus

Seit fast 10 Jahren wird in der katholischen Kirche Taiwans die Stagnation des Wachstums der Zahl der Katholiken beklagt. Kritischere oder ehrlichere Beobachter sprechen von einer *Abnahme der Katholiken* um fast ein Drittel für den gleichen Zeitraum. Mit Neid blickt man auf die katholische Kirche in Südkorea, die unter ähnlichen wirtschaftlichen Bedingungen – auch dort hat sich der Lebensstandard stark verbessert – und politischen Verhältnissen – in beiden Ländern gibt es eine Militärregierung und Verletzungen der Menschenrechte – wächst, während Taiwan nur Rückschläge erlebt.

Im Anschluß an die große Feier des 400jährigen Jubiläums des Kommens von *Mateo Ricci* nach China 1984 hat man an einer Synode zur Evangelisierung für Taiwan gearbeitet. Im Laufe der mehr als zweijährigen Vorbereitungen ist man vom ursprünglichen Plan, eine Synode zu halten, wieder abgegangen, um den kirchenrechtlichen Verpflichtungen, die damit gegeben wären, zu entgehen. Jetzt spricht man vom „Symposium zur Evangelisierung“, womit man größere Freiheit in der Abwicklung, aber auch größere Unverbindlichkeit bei den möglichen Entschlüssen hat. Das Symposium soll vom 9. bis 13. Februar 1988 in Taipei abgehalten werden. Nach einer landesweiten Umfrage nach den wichtigsten Themen für ein solches Symposium haben sich 12 Themenkreise herausgeschält, die nach einer nochmaligen Diskussion in verschiedenen Gremien bis Ende des Jahres 1987 definitiv festgeschrieben werden sollen. Ziel des Symposiums

ist es, eine neue Form einer lebendigen Evangelisierung, eine Belebung des religiösen Lebens der Gläubigen und andere Reformen des kirchlichen Lebens zu beschließen, damit die katholische Kirche in Taiwan ihrer Aufgabe besser gerecht werden kann.

Man hat versucht, möglichst alle Teile der Kirche an diesem Prozeß der Vorbereitung zu beteiligen. Die Kritik an den bisherigen Entwürfen und den vorgestellten Thesen richtet sich gegen die Ekklesiozentrik, die die bisherigen Entwürfe durchzieht. Es wird vermißt, daß die brennenden Fragen der heutigen Gesellschaft Taiwans: Fragen der Ökologie, der politischen Zukunft, der Beziehungen zum Festland, der Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft, der Krise der Jugend und viele andere Probleme nicht hinreichend oder überhaupt nicht zur Sprache gebracht werden. Ganz vergessen wurden bisher Hinweise auf die ökumenischen Beziehungen der katholischen Kirche zu anderen christlichen Kirchen und Gemeinschaften. Auch fehlen Aussagen zum interreligiösen Dialog mit den anderen Religionen.

Die Schwierigkeiten, die Aufgabe der Kirche und ihrer Botschaft für Taiwan umfassend zu formulieren, spiegeln das Grundproblem wider, an der die Kirche in Taiwan auch sonst leidet. Von ihrer Herkunft und von ihrer jetzigen *kirchlichen Führung* (Episkopat und Klerus) ist die katholische Kirche auf Taiwan immer noch eine Kirche „auf Abruf“, die in einer oft peinlichen Übereinstimmung mit der offiziellen Regierungspolitik immer noch auf die „Rückkehr aufs Festland“ ausgerichtet ist und bleibt. Dies zeigt sich bei dem Bemühen der Inkulturation und größere Authentizität, die sich fast unreflex sofort auf die alte chinesische Tradition des Festlandes richtet und die gegenwärtige kulturelle Umbruchsituation Taiwans nur wenig berücksichtigen kann. Auch das Gerede von der „Brückenfunktion der Kirche Taiwans“ im Hinblick auf eine mögliche Verständigung der Kirche des Festlandes mit Rom führt zum Bild einer Kirche, die nur einen Pfeiler auf Taiwan und den zweiten Pfeiler gerne auf dem chinesischen Festland niederbringen möchte.

Diese Schwächen sind vielen in der Kirche in Taiwan bewußt und das angekündigte Symposium gibt ein Forum, weiterführende Ideen zu äußern. Einzelne Aktivitäten geben auch durchaus Anlaß zur Hoffnung: So werden seit einigen Jahren *Laien* für den Gemeindedienst geschult, die neben der Ausbildung für Katechese und Liturgie auch im sozialen Apostolat und Genossenschaftsarbeit geschult werden. Auch gibt es Formen der ökumenischen Zusammenarbeit zwischen theologischen Schulen verschiedener christlicher Kirchen, die Formen gemeinsamer Forschung und des Studiums zu bestimmten theologischen und gesellschaftlichen Fragen mit sich bringen. 1986 gab es eine Studententagung aller christlichen Kirchen zum Thema „Umweltschutz“, bei der die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft beschlossen wurde, die sich mit Fragen des Umweltschutzes beschäftigen soll.

Die Presbyterianer wehren sich

Die Religionspolitik der Guomindang-Regierung auf Taiwan steht ganz in der Tradition des traditionellen chinesischen Verständnisses über die Rollenverteilung zwischen Staat und Religionen. Danach hat der Staat die Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens zu bestimmen, den Religionen kommt nur eine untergeordnete, staatstragende Rolle zu. Die katholische Kirche hat sich auf Taiwan weitgehend eine politische Abstinenz auferlegt und zu politischen Fragen, wenn überhaupt, dann im Sinne der Regierung Stellung genommen. Kritik und Widerstand gegen Pläne oder Gesetzesvorhaben der Regierung hat die katholische Kirche nur auf dem Gebiet der Sexualmoral, im Einspruch gegen Gesetzesvorhaben der Legalisierung der Abtreibung und im Erziehungsbereich, als es um die Freiheit der religiösen Erziehung in den kirchlichen Schulen ging, erhoben. Zusammen mit anderen christlichen und nicht-christlichen Gruppen hat sich die katholische Kirche ebenfalls *gegen die Einschränkung der Religionsfreiheit* gewandt, wie sie von der Regierung 1983 mit dem „Gesetz zum Schutz der Religion“ versucht worden war.

Viel kritischer ist dagegen das Verhältnis der *presbyterianischen Kirche* zur Regierung in Taiwan. Die presbyterianische Kirche besteht zum großen Teil aus Taiwanesen. In der Liturgie und in der theologischen Ausbildung wird (neben Englisch) Taiwanesisch und nicht die chinesische Hochsprache gebraucht. Der größte Teil der Presbyterianer sympathisiert mit den Bestrebungen, Taiwan politisch unabhängig und selbständig zu machen. Theologisch bedeutsam ist der Ansatz an der theologischen Hochschule der Presbyterianer in Tainan (besonders von Prof. *Wang Hsien-Chih*), eine „Theologie des Heimatlandes“ zu entwickeln. Die Regierung verfolgt viele Aktivitäten der presbyterianischen Kirche mit Mißtrauen und hat in der Vergangenheit mehrfach Maßnahmen gegen einzelne Kirchenmitglieder ergriffen, kirchliche Publikationen verboten und andere Repressalien mehr. Bei der Unterdrückung der politischen Opposition im Gefolge der Kaoshiung-Ereignisse 1979 wurden auch führende Mitglieder der Presbyterianer inhaftiert. Ganz in der Tradition der Kritik und des vorsichtigen Widerstands haben die presbyterianischen Kirchenführer im November 1986 einen Hirtenbrief geschrieben, in dem sie die politischen Mißstände beklagen und zur Verbesserung eine Reihe von Forderungen anmelden. So wird die *Aufhebung des Kriegsrechts*, ohne den Erlaß eines Sicherheitsgesetzes, gefordert und die Abhaltung von wirklich *freien Wahlen* verlangt.

Die Forderung, die die Regierung wohl am meisten aufbringen mußte, bestand in der Aufforderung, den Beitritt Taiwans als unabhängiges Mitgliedsland bei den Vereinten Nationen zu beantragen, um mit einer solchen Maßnahme aus der politischen Isolation herauszufinden und die politische Handlungsfreiheit wiederzugewinnen.

Georg Evers